

Apropos 20: Bush, Cheney und die Vogelgrippe

Werden wir richtig informiert? Nur wenn wir den Guru unserer eigenen individuellen Vernunft in der richtigen Weise wirksam werden lassen. Das heißt: wenn wir uns um die nötigen Informationen bemühen und sie *denkend* verarbeiten. Sonst laufen wir Gefahr, von Medien, Behörden oder auch Wissenschaftlern (manchmal absichtlich) in die Irre geführt zu werden.

Bush im Blitzlicht

In bisher 19 *Apropos*-Kolumnen wurde – aus aktuellem Anlass – immer wieder aufgezeigt, wie (auch wie fies) die Regierungen Bush und Blair die Weltöffentlichkeit an der Nase herumführ(t)en. Auch in dieser 20. Kolumne drängt die Aktualität diese Thematik in den Vordergrund. Meist müssen über längere Zeit Einzelinformationen gesammelt werden, die dann wie zu einem Puzzle zusammengesetzt nach und nach ein möglichst klares Bild von gewissen Vorgängen ergeben. Für die 20 Kolumnen wurden Tausende von Internetseiten, Hunderte von Zeitungen und Zeitschriften und viele andere Medien (Bücher, Radio, TV, Videos) studiert. Es gibt aber auch – seltene – Momente, in denen sich eine ganze Problematik auf ein bestimmtes Medium oder einen bestimmten Tag fokussiert. Ein solches Blitzlicht war z.B. die *Süddeutsche Zeitung* vom 4. November 2005. Da wurde auf einer ganzen Seite dokumentiert, wie verbrecherisch und völkerrechtswidrig die Bush-Administration mit Gefangenen umgeht. Einzelne Elemente waren bereits in den letzten Monaten in die Öffentlichkeit gesickert; aufschlussreich war jetzt aber die geballte Ladung.

Die Angst der USA vor der Öffentlichkeit

Da heißt es in einem Bericht zum US-Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba, wo die US-Armee etwa 500 Terrorverdächtige festhält: «In manchen Gefängnissen sitzen die eigentlichen Verbrecher nicht hinter Gittern, stattdessen misshandeln sie – in Gestalt von Wärtern oder sonstigen Sicherheitsbeamten – die ihnen ausgelieferten Häftlinge.»¹ Solche Zustände untersucht im Auftrag der UNO der Wiener Professor Manfred Nowak. Seit Anfang 2002 versuchen UN-Sonderberichterstatter für Folter, das Lager Guantanamo zu besuchen. Zunächst gab die US-Regierung keine Antwort, dann vertröstete sie auf später. Nach jahrelangen Verhandlungen hat Washington nun kürzlich zugesagt, die UN-Ermittler könnten am 6. Dezember nach Guantanamo kommen. Allerdings ist das eine «Einladung mit deutlichen Einschränkungen»; so dürften sie

nicht mit Gefangenen sprechen; und zudem dürften von den vorgesehenen fünf UN-Gesandten nur drei kommen, und zwar nur für einen Tag. Die Folterexperten haben Letzteres «im Geiste der Kooperation» akzeptiert, obwohl sie es bedauerten. Auf die Gespräche mit den Gefangenen aber wollen sie nicht verzichten. Sie halten es für sehr wichtig, dass sie mit den Gefangenen allein sprechen können. Nur so können sie ihnen die Angst vor Einschüchterung und Vergeltung nehmen. In China und Nepal ist ihnen das schon gelungen, bei den Vereinigten Staaten hingegen noch nicht. Prof. Nowak meint deshalb: «Die USA wären gut beraten, unsere Forderung zu akzeptieren. Wenn sie die UN-Standards für solche Besuche ablehnen, stehen sie unter Verdacht, dass ihre Einladung an uns gar nicht ernst gemeint war.»¹ Die Bush-Administration begründet ihre ablehnende Haltung damit, dass bereits die Vertreter des IKRK ungehinderten Zugang zu den Gefangenen hätten. Das Rote Kreuz veröffentlicht aber die Ergebnisse seiner Recherchen grundsätzlich nicht. Es erklärte kürzlich allerdings, man sei «sehr besorgt, dass die USA eine unbekannte Zahl von Personen außerhalb jedes gesetzlichen Rahmens festhalten». Zudem berichteten Ende 2004 amerikanische Medien unter Berufung auf das Rote Kreuz, die «Verhörmethoden in Guantanamo kämen in körperlicher und seelischer Hinsicht der Folter gleich». Die US-Regierung scheut eine Untersuchung der UNO offensichtlich darum, weil die Ergebnisse veröffentlicht werden. Den UN-Ermittlern wird es aber kaum gelingen, das ganze Ausmaß der Auswüchse im amerikanischen «Anti-Terror-Kampf» aufzuklären. Auf einen Besuch der US-Gefängnisse in Afghanistan und im Irak haben sie bereits verzichtet. Und in Guantanamo haben sie, falls es überhaupt zum Besuch kommt, nur einen Tag Zeit. Die *Süddeutsche Zeitung* kommentiert treffend: «An anderen Krisenherden der Welt haben Ermittler im Auftrag der UN Monate Zeit, um Vorfälle zu untersuchen, zum Beispiel Detlev Mehlis, der im Libanon den Mord an einem Oppositionspolitiker aufklärt. Der Unterschied zu Guantanamo: Im Libanon haben die USA an der Untersuchung großes Interesse – sie belastet nicht Washington, sondern Syrien.»¹

Globalisierte Folter

In einem weiteren Artikel auf der erwähnten SZ-Seite wird gezeigt, wie die Bush-Administration die Folter globalisiert: «Weil ihm die Regeln daheim viel zu streng sind, hält der US-Geheimdienst Terrorverdächtige im

Ausland fest. (...) Es ist eine neue, ganz besondere Form der Globalisierung, die Amerikas Geheimdienst CIA vor mehr als vier Jahren erfunden hat. Verstreut über phasenweise acht verschiedene Länder hat die Central Intelligence Agency ein bisher streng geheimes Netzwerk spezieller Internierungslager unterhalten, in denen mindestens 100 Terrorverdächtige ohne jede Aussicht auf einen regulären Prozess in Einzelhaft gehalten werden.»¹ Im Ausland dürfen Washingtons Agenten zu Mitteln greifen, die ihnen zuhause verboten sind. «Eine Methode ist das berüchtigte ›Waterboarding‹. Dabei wird der Kopf des Gefangenen so lange unter Wasser getaucht, bis der Mann aus Todesangst zu reden beginnt» – laut Marc Garlasco, Militärexperte der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, schlicht «Folter»¹. Neben Thailand, Jordanien und Ägypten sind in das CIA-Netzwerk offenbar auch mindestens zwei osteuropäische Länder verstrickt: Polen und Rumänien. Laut Garlasco gebe es beispielsweise klare Indizien, dass «ein Lager in Polen nicht einmal eine Meile vom Hauptquartier des polnischen Geheimdienstes entfernt liegt». In diesem Zusammenhang hat sich der CIA auch der Straftatbestände Freiheitsberaubung, Menschenraub und Verschleppung schuldig gemacht. Jedenfalls haben die Justizbehörden in Mailand Ermittlungen aufgenommen und im Sommer Haftbefehle gegen mehr als ein Dutzend CIA-Agenten erlassen. Sie hatten sich als Diplomaten ausgegeben und einen ägyptischen Imam aus Mailand entführt. Besonders perfid ist, dass der US-Geheimdienst offenbar die meisten dieser Gefangenen nach Jordanien und Ägypten bringt – zwei Länder, denen das US-Außenministerium regelmäßig in seinem Jahresbericht die Anwendung von Folter und massive Menschenrechts-Verletzungen vorwirft. Laut *Washington Post*, die jetzt das globale Kerker-Netzwerk des CIA aufgedeckt hat, stößt die Misshandlung der Gefangenen inzwischen auf massive Kritik auch innerhalb des CIA. «Es ist eine schreckliche Last», zitiert die *Post* einen anonymen CIA-Beamten.¹ Die US-Regierung weist die Geheimfolter-Vorwürfe von sich. Aber wir wissen ja inzwischen, was Dementis der Bush-Administration wert sind. Aufschlussreich ist, dass der CIA inzwischen eine Untersuchung eingeleitet hat – nicht gegen die geheimen Folterer, sondern wegen «Geheimnisverrat»...². Zudem hat sich George W. Bush in der Auseinandersetzung mit dem republikanischen (!) Senator McCain entlarvt. Damit sind wir bei einem dritten Artikel auf der erwähnten SZ-Seite.

Bush-Veto für die Folter ...

John McCain, republikanischer Senator aus dem konservativen Arizona und ehemaliger Marineflieger, ist ver-

mutlich der Einzige im amerikanischen Kongress und im Washingtoner Regierungsapparat, der am eigenen Leib erleben musste, was Folter ist. Als Kriegsgefangener in Nordvietnam wurde er über Jahre misshandelt. Jetzt stellt sich die Frage: Gilt die Genfer Konvention für alle und überall, oder sind bei Terrorverdächtigen Misshandlungen und Folter unter Umständen erlaubt? George W. Bush dekretierte im Februar 2002, dass die Konvention in Kriegen gilt, aber nicht im Krieg gegen den Terror – also nicht für die Terrorgefangenen. Gleichzeitig hat die Regierung jedoch Anschuldigungen immer bestritten, dass Gefangene in US-Obhut bei Verhören misshandelt würden... McCain hat die Methoden stets scharf kritisiert. Im vergangenen Sommer nun versah er den Haushaltsplan des Verteidigungsministeriums mit einem explosiven Anhang, und der alte Routinier hat dafür die überwältigende Zustimmung seiner Kollegen gefunden. «Mit 90 zu neun Stimmen billigte der von der Partei des Präsidenten dominierte Senat im Oktober den Änderungsantrag. Er verbietet die ›grausame, unmenschliche oder herabwürdigende Behandlung‹ von Gefangenen unter US-Aufsicht, ›unabhängig von Nationalität oder räumlicher Unterbringung‹. Damit wäre die Anweisung des Präsidenten von Februar 2002 aufgehoben und zugleich sichergestellt, dass die Genfer Konvention für alle Gefangenen unter US-Aufsicht gilt.»¹ Bush widersprach sofort und droht seither den gesamten 445-Milliarden-Dollar-Verteidigungsetat per Veto zu Fall zu bringen, sollte diese Passage in der Gesetzesvorlage stehen bleiben. Man stelle sich vor: Der amerikanische Präsident will eine Vorlage mit dem Veto zu Fall bringen, wenn das Parlament darauf beharrt, dass die Folterung von Gefangenen verboten wird – was völkerrechtlich ohnehin zwingend ist... Der amerikanische Vize Dick Cheney versuchte sich derweil als Schlaumeier, er wollte McCain dazu bewegen, jedenfalls für die CIA eine Ausnahme zu machen. McCain blieb hart. Die USA seien der Genfer Konvention verpflichtet, auch wenn sich die Terroristen nicht daran hielten. «Dies sind die Werte, die uns von unseren Feinden unterscheiden.»¹

Dick Cheney als Folterherr

Trotz aller Dementis ist offensichtlich, dass die Meldungen über Folterungen durch den CIA zutreffen – nur so wird das Verhalten von Cheney und Bush verständlich. Doch damit nicht genug: «Ein früherer ranghoher US-Beamter erhebt massive Vorwürfe gegen den amerikanischen Vize-Präsidenten. Das Team Dick Cheneys soll nicht nur Folter im Irak und in Afghanistan *veranlasst* und den Nationalen Sicherheitsrat ausspioniert haben. Offenbar sorgte es auch dafür, dass dem Präsidenten un-

angenehme Dokumente vorenthalten wurden.»³ Oberst Lawrence Wilkerson, der Stabschef des ehemaligen Außenministers Colin Powell, sagte dem öffentlich-rechtlichen Rundfunksender National Public Radio, er habe eine «Reihe von Aktennotizen und Anordnungen zum fragwürdigen Umgang mit Gefangenen entdeckt». Die Spur der Folteranordnungen führte über das Büro des Verteidigungsministers Donald Rumsfeld direkt zum Stab von Vizepräsident Cheney. Es gebe «eine erkennbare Verbindung zu zahlreichen Misshandlungen von Gefangenen wie beispielsweise im irakischen Gefängnis Abu Ghraib, die nach der Genfer Konvention verboten seien. Militärs müssten wissen, dass man solche Dinge einfach nicht tut.»³ Der Ex-Diplomat beschuldigte zudem David Addington, den damaligen Rechtsberater von Cheney, den Rückgriff auf Folter rechtlich gestützt zu haben. Cheney hat Addington kürzlich als Nachfolger des zurückgetretenen Lewis Libby (siehe unten) in seinen Stab geholt. Zudem sagte Wilkerson dem Rundfunksender, Cheneys Mitarbeiter würden den Nationalen Sicherheitsrat ausspionieren und untergraben. Sie hätten etwa vor Bush ein Papier zurückgehalten, in dem der Rat die Notwendigkeit einer Truppenverstärkung im Irak bekräftigte. Nachdem die Überwachung durch Cheneys Mitarbeiter aufgefallen sei, habe der Nationale Sicherheitsrat den Versand von E-Mails eingestellt.³

Folterverbot auf der langen Bank

Es scheint, dass die Folterproblematik nicht nur weltweit, sondern nun auch in der Bush-Administration ernsthaft diskutiert wird. Im Pentagon wurde eine Richtlinie überarbeitet, die den Umgang mit «feindlichen Kriegsgefangenen und anderen Gefangenen» regelt. Unter dem Eindruck der öffentlichen Diskussion und offenbar auf Drängen des neuen Pentagon-Vizes Gordon England werden darin Formulierungen direkt aus der Genfer Konvention benutzt. Das hat zu heftigen Spannungen innerhalb der Regierung geführt. Topbeamte des Pentagon wurden ins Büro des Vizepräsidenten bestellt und laut einem Bericht der *New York Times* schwer beschimpft. Rückendeckung erhielten sie aber offenbar von Außenministerin Condoleezza Rice und Sicherheitsberater Stephen Hadley. Im Pentagon hört man, das «uniformierte Militär» sei «entsetzt über Cheneys Haltung»¹. Inzwischen hat das Pentagon die Richtlinie gegen Folter beschlossen. Die acht Seiten umfassende Direktive sei vom stellvertretenden Verteidigungsminister Gordon R. England unterzeichnet worden, berichtet die *New York Times*. Darin heißt es: «Physische und geistige Folter sind verboten». Die Häftlinge seien «in Übereinstimmung mit den Gesetzen» zu behandeln.⁴

Welche Regelung am Schluss gilt, ist aber noch offen. Denn der Senat hat seinen strikten Antifolter-Kurs bereits etwas korrigiert. Er hat es abgelehnt, die Gefangenenmisshandlungen durch US-Soldaten von einem unabhängigen Ausschuss untersuchen zu lassen, wie das die Demokraten gefordert hatten, um diesen Skandal zu überwinden, indem es eine umfassende, unabhängige Untersuchung gebe und alle Verantwortlichen «für diese beschämenden Praktiken» zur Rechenschaft gezogen würden. Der Senat sagte mit 55 zu 43 Stimmen nein, nachdem Bush auch hier mit dem Veto gedroht hatte⁵.

Das von Senator McCain ins Gesetz zum Verteidigungshaushalt eingebrachte Folterverbot muss noch durch das Abgeordnetenhaus. Die von Cheney geforderten Ausnahmeregelungen (für den CIA) haben aber offenbar – zumindest im Moment – auch hier wenig Aussicht auf Erfolg. Jedenfalls wurde Cheney einem Bericht der *New York Times* zufolge nun von Parteifreunden darüber informiert, dass er wahrscheinlich bei einer Abstimmung keine Mehrheit finden würde. Deshalb haben die Republikaner eine Abstimmung auf «unbestimmte Zeit» verschoben.⁶

Wir im «alten Europa» sind ja alle nette Menschen und meist gehemmt, Klartext zu reden, weil wir den anderen eigentlich nichts Böses zutrauen und immer glauben, wir hätten etwas übersehen, was das harte Urteil mildern könnte. Ich werde mich deshalb hüten, George W. Bush und die Mitglieder seiner Administration etwa als Gauner zu bezeichnen. Ich erlaube mir aber, auf die Tatsache hinzuweisen, die uns Rudolf Steiner wieder in Erinnerung gerufen hat: Jedes Unrecht kommt irgendwann auf den Täter zurück – oft erst im nächsten oder übernächsten Erdenleben; manchmal beginnt dieser Prozess schon viel früher. So etwas scheint die Bush-Administration zur Zeit zu erleben. Der amerikanische Präsident begründete bekanntlich die Notwendigkeit des Irakkrieges mit Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen. Insbesondere hielt er in seiner «State-of-the-Union»-Rede fest, «dass Saddam Hussein (...) beträchtliche Mengen Uran aus Afrika einführen wollte». Nun hatte bereits ein Jahr zuvor Joseph Wilson, ein früherer amerikanischer Botschafter und Afrikaspezialist, im Auftrag des CIA die Behauptung im Niger abgeklärt; er konnte dem Auftraggeber darlegen, dass nichts an der Sache wahr ist. Deshalb widersprach er dem Präsidenten öffentlich mit einem Artikel in der *New York Times*: «Was ich nicht in Afrika fand». Eine Woche später erschien in der *Washington Post* eine Kolumne des konservativen Journalisten Robert Novak, in der es hieß, Wilson habe im Niger nur Tee mit alten Bekannten getrunken; zudem durfte er nur wegen seiner Frau Valerie Plame in den Niger, die «laut

hohen Regierungskreisen» als Agentin für den CIA arbeite. Ein TV-Reporter erzählte Wilson, dass ihm Bush-Berater Karl Rove gesagt habe: «Wilson's Frau ist Freiwild».⁷

Nun ist in den USA das Enttarnen von Geheimdienstagenten ein Straftatbestand. Deshalb hat während fast zwei Jahren der Staatsanwalt Patrick Fitzgerald ermittelt, wer Wilson's Frau enttarnt hat. Merkwürdigerweise wurde der Kolumnist Novak die ganze Zeit in Ruhe gelassen. Dafür nahm der Staatsanwalt einen Journalisten, Mathew Cooper von der *Los Angeles Times*, und die Journalistin Judith Miller (*New York Times*) in die Mangel. Cooper nannte Bush-Berater Karl Rove als Quelle, Miller bezeichnete nach 85 Tagen Beugehaft Lewis Libby, den Stabschef von Vize Cheney, als Informanten. Für den außenstehenden Beobachter ist offensichtlich, dass Wilson bestraft werden sollte, weil er die Hauptbegründung für den der Bush-Administration äußerst wichtigen Irakkrieg öffentlich zu Fall brachte. Allerdings ist es auch für ausgeprägte Spürhunde wie Fitzgerald fast unmöglich, die Absichten eines Menschen in juristisch genügender Form nachzuweisen. Eine unabsichtliche, zufällige Enttarnung ist nicht strafbar. Aber jeder Mensch macht irgendwann Fehler. Und ein solcher wurde Cheneys Vize Libby zum Verhängnis. Der Staatsanwalt verzichtete auf eine Anklage wegen Enttarnung, bringt Libby aber wegen «Meineids, Rechtsbehinderung und Falschaussage» vor Gericht. In den Vernehmungen hatte Cheneys Vize behauptet, er habe von Journalisten von der Identität von Wilson's Frau erfahren; aus bei ihm beschlagnahmten Notizen geht aber hervor, dass er die Information von seinem Chef Cheney hatte.⁸ Lewis Libby drohen bis zu 30 Jahre Haft; er trat nach der Anklage umgehend zurück.

Apropos: Die Journalistin Miller spielte mit ihrer Beugehaft eine Schmierkomödie. Denn inzwischen wurde aufgedeckt, dass sie sich zum Sprachrohr der «Manipulatoren im Weißen Haus»⁹ machen ließ, indem sie selber – unzutreffende – Artikel über angebliche irakische Massenvernichtungswaffen verfasste. «Miss Amoklauf» – wie sie nun von ihren Kollegen genannt wird – musste inzwischen ihren Job bei der *New York Times* kündigen¹⁰.

«Verschwörung» im Weißen Haus

In einem Beitrag für die *Los Angeles Times* hat der bereits erwähnte Lawrence Wilkerson, Stabschef des ehemaligen Außenministers Powell, eine Gruppe um den Präsidenten, zu der Cheney und Rove gehören, als «Verschwörung» im Weißen Haus beschrieben. Dieser enge, von Neokonservativen geprägte Kreis sei das Entscheidungsgremium für zentrale Fragen der US-Politik gewesen und passe eher «zu einer Diktatur denn einer Demokratie»¹¹. Als (PR-)Reaktion auf die geschilderten Vorfälle

hat Bush seinen engsten Beratern «Nachhilfestunden in Ethik» verordnet¹². Gleichzeitig wurde bekannt, dass ein UNO-Ausschuss zum Schluss gekommen sei, dass die USA dem Irak 208 Millionen Dollar zurückzahlen sollen. Grund dafür sei «die schlechte Arbeit zu übersteuerten Preisen», welche US-Unternehmen im Irak geleistet hätten – vor allem die Firma Kellogg, Brown and Root, eine Tochterfirma des Konzerns Halliburton, der früher von Vizepräsident Dick Cheney geleitet wurde¹³. So allmählich scheinen auch die Amerikaner zu realisieren, welchen «Verein» sie sich an die Spitze gewählt haben. Laut einer Umfrage des Fernsehsenders ABC halten 58% der US-Bürger ihren Staatschef für «nicht ehrlich»¹⁴. Schade nur, dass sie das nicht schon vor einem Jahr gemerkt haben...

Apropos: «Der amerikanische Präsident George Bush bedient jetzt die öffentliche Neurose, indem er beim Kongress die Summe von 7,1 Milliarden Dollar beantragt, um sein Land auf eine mögliche Vogelgrippe-Pandemie vorzubereiten», die noch nicht einmal absehbar sei¹⁵. Deswegen hat sich nun Verteidigungsminister Rumsfeld beim Ethik-Ausschuss des Senats für befangen erklärt, weil er eine Beteiligung von mehreren Millionen an der Pharmafirma Gilead habe, die zusammen mit dem Pharmagiganten Roche am Grippemedikament Tamiflu verdient. Bereits im Juli hatte das US-Verteidigungsministerium Tamiflu für 58 Mio. Dollar bestellt...¹⁶ (Fortsetzung folgt – vor allem auch darüber, welches «kapitalistische Husarenstück» hinter dieser «Rummy-Flu»-Geschichte steckt.)

Boris Bernstein*

* Boris Bernstein arbeitet seit Jahrzehnten bei einem europäischen Printmedium.

- 1 *Süddeutsche Zeitung*, 4.11.2005
- 2 www.washingtonpost.com 8.11.2005
- 3 www.sueddeutsche.de 4.11.2005; AFP-Meldung
- 4 www.netzeitung.de 8.11.2005
- 5 www.spiegel.de 9.11.2005
- 6 www.spiegel.de 4.11.2005
- 7 Vgl. *Der Europäer*, September 2004
- 8 www.spiegel.de 28.10.2005
- 9 *Süddeutsche Zeitung*, 28.10.2005
- 10 DPA-Meldung vom 9.11.2005
- 11 www.netzeitung.de 27.10.2005
- 12 DPA-Meldung vom 5.11.2005
- 13 AFP-Meldung vom 5.11.2005
- 14 www.spiegel.de 4.11.2005
- 15 www.faz.net 5.11.2005
- 16 AFP-Meldung vom 2.11.2005